



Tjark M. Egenhoff ist Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung für Guatemala.

Zwei Monate ist Guatemalas neue Führung unter Álvaro Colom Caballeros nun im Amt, doch die Erfolge, auf die die Bevölkerung gehofft hatte, bleiben aus. Es fehlt an Geschlossenheit in der neuen Mannschaft und auch die Hauptprobleme des Landes, die desaströse Sicherheitslage und die fehlende Qualität der sozialen Staatsdienste, sind ungelöst. Die Regierungs-partei UNE sucht noch nach ihrem Kurs, und das 100-Tage-Programm des Präsidenten, der ausgerechnet seine Ehefrau zur zweitstärksten, wenn auch politisch nicht langbaren Figur seines Kabinetts gekürt hat, erscheint naiv. Doch die Guatimalteken haben eins noch nicht aufgegeben – die Hoffnung.

GUATEMALA: DIE HOFFNUNG STIRBT ZULETZT

Tjark M. Egenhoff

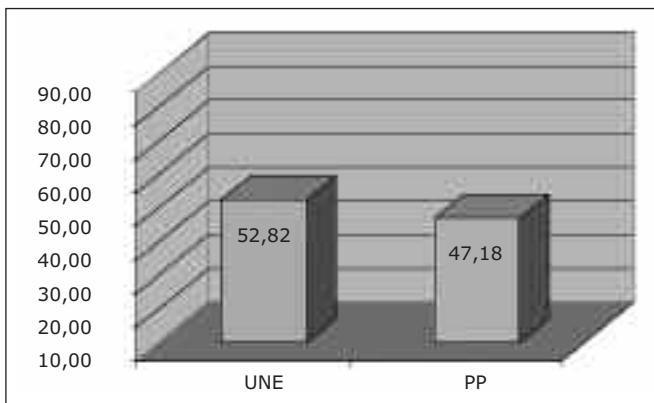
Más de lo mismo – „mehr vom Selben“, so lautet die erste zaghafte Bestandsaufnahme vieler Guatimalteken, wenn sie die Arbeit ihrer neuen Regierung bewerten sollen. Auch wenn die Regierung Colom erst seit etwas mehr als zwei Monaten im Amt ist, kommt sie den meisten Guatimalteken schon recht alt vor. Die zwar verhaltene, aber durchaus spürbare Anfangseuphorie ebbte rasch ab in einem Land, das nach 30 Jahren Bürgerkrieg kaum Begeisterung für politische Ereignisse aufbringt. Die Regierung schwankt und taumelt unbeholfen seit der Übernahme der Amtsgeschäfte von einem Thema zum nächsten, ohne eine konsequente Richtung klar erkennen zu lassen, in der sie während der ersten Monaten Akzente setzen will: Die Diskussion um die Todesstrafe, welche auch in Europa für viel Aufsehen sorgte, ist ein Beispiel für die Orientierungslosigkeit der Verantwortlichen. Dabei existieren politische Fahrpläne, an die sich die Regierungs-mannschaft halten könnte: Neben einem 100-Tage-Plan liegt der neuen Regierung ein ausgefeiltes „Regierungsprogramm der Hoffnung“ vor.

DER RUF AUS DEM INNERSTEN DER REPUBLIK

Rückblick: Mit dem Wahlslogan „Deine Hoffnung ist mein Auftrag“ gewann der Kandidat der neu proklamierten Sozialdemokraten (Unidad Nacional de la Esperanza – UNE), Álvaro Colom Caballeros, mit knapp 53 Prozent der Stimmen im zweiten Wahlgang gegen den Kandidaten der rechten Patriotischen Partei (Partido Patriota – PP) und ehemaligen Offizier

der Armee, Otto Pérez Molina. Dies beendete einen rekordverdächtigen Wahlkampf, der sich über ein Jahr hinzog, in dem sechzehn Parteien um die Präsidentschaft und den Einzug ins Parlament kämpften und in dem auch im internationalen Vergleich exorbitante Summen für Wahlwerbung ausgegeben wurden.

Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen – Guatemala 2007 (Angaben in Prozent)



Quelle: TS

Colom konnte sich bei dieser Wahl auf eine neue Wählerschaft stützen: Durch das im Jahre 2004 geänderte Wahl- und Parteiengesetz, welches unter anderem die Dezentralisierung und Verdopplung der Wahllokale vorsah, wurden Wahlurnen auch in entlegeneren Gebieten aufgestellt, womit den Bürgern auf dem Land der Wahlgang erheblich erleichtert wurde. Dies resultierte in einem erfreulichen Anstieg der Wahlbeteiligung auf knapp über 60 Prozent im ersten Wahlgang. Gerade im ruralen Guatemala konnte Colom gegenüber seinem Kontrahenten Terrain gewinnen und notwendige Stimmen zum Sieg erlangen. Aber auch hier sind Hoffnungen geweckt worden und hohe Erwartungen entstanden, die der neue Präsident nicht enttäuschen darf.

Die Wahrnehmung des Präsidenten Colom als jemand, der die Probleme des Landesinneren aus erster Hand kennt, beruht auf seiner Arbeit als umtriebiger Direktor des nationalen Aufbaufonds FONAPAZ in den neunziger Jahren. Auch verhalf die im Vergleich zu anderen Parteien besser organisierte UNE Colom, sich den entscheidenden Stimmenvorsprung in den Gemeinden zu sichern. Insbesondere die auf die Zentralregie-

rung angewiesenen Bürgermeister, die bereits im ersten Wahlgang am 9. September gewählt wurden, haben sich um die Wählermobilisierung im zweiten Wahlgang recht erfolgreich gekümmert. Colom holte am Ende 20 der 22 Departments, lag jedoch im Department Guatemala mit 40 Prozent deutlich hinter Herausforderer Pérez Molina. Insbesondere in den Departments des Hochlandes und der Pazifikküste konnte sich der „Kandidat der Hoffnung“ stark von Pérez Molina absetzen. So erhielt er im Departement San Marcos 61 Prozent und in Esuintla sogar 67 Prozent der abgegebenen Stimmen.¹

Bisher galt in Guatemala der Grundsatz: Wer in der Hauptstadt klar vorne liegt, der regiert das Land. Das hat sich mit dieser Wahl geändert. Die numerisch starke Position der Dreieinhalb-Millionen-Metropole Guatemala-Stadt bleibt auch weiterhin unangefochten. Jedoch hat diese Wahl gezeigt, dass durch die Verdoppelung der Wahllokale die Regionen und Departments merklich an Einfluss hinzugewinnen konnten. Es wird auch in Zukunft notwendig sein, sich als Präsidentschaftskandidat gut in Guatemala-Stadt zu platzieren. Ausreichend für einen Wahlsieg ist dies jedoch nicht mehr. Und Parteien werden eine flächendeckende organisatorische Stärke beweisen müssen, um das Präsidentenamt beanspruchen zu können.

LESSONS LEARNT? EINIGE LEHREN AUS DEM WAHLJAHR 2007

Die Wahlen 2007 haben also einige interessante Lehren hinterlassen: Nicht nur werden sich die Parteien anders organisieren müssen, es ist nun auch deutlich geworden, dass es das sogenannte *voto indígena* – das einheitliche Wahlverhalten der indigenen Bevölkerung in dieser Form in Guatemala nicht gibt. Der Fall Rigoberta Menchú, die sich als Präsidentschaftskandidatin versuchte, zeigte auf eindrucksvolle Weise, dass die Zughörigkeit zu einer Maya-Ethnie allein noch keine Garantie für politisches Reüssieren bedeutet: Nur knapp drei Prozent der Wählerstimmen entfielen auf die Nobelpreisträgerin.

1 | Siehe detaillierte Wahlberichte zum ersten und zweiten Wahlgang: Tjark Egenhoff, „Taube gegen Faust: Guatemalas Wahlkampf ist noch nicht zu Ende“, in: *Informativo Centroamérica*, Nr.2, September 2007, www.kas.org.gt. Tjark Egenhoff, „Guatemala setzt auf Kontinuität: Colom gewinnt Präsidentschaft“, in: *Informativo Centroamérica*, Nr. 3, November 2007, www.kas.org.gt

gerin, die kaum Themenhoheit erlangte, jedoch dazu beitrug, dass auch in den anderen Parteien indigene Kandidaturen gefördert wurden.

Darüber hinaus muss sich das Oberste Wahlgericht auf knappe Wahlergebnisse einstellen: Im zweiten Wahlgang spitzte sich die politische Auseinandersetzung derart zu, dass das Gericht selbst in die Kritik geriet. Dabei wurde die Legitimität und Autorität der Institution, die für die Durchführung der Wahlen zuständig ist, selbst angegriffen. Auch hier müssen im Wahl- und Parteiengesetz notwendige Änderungen durchgeführt werden, um die Arbeit des Wahlgerichts weiter zu stärken: Dabei geht es insbesondere um die Offenlegung der privaten Finanzierung der Parteien und Wahlkampagnen, die strafrechtliche Sanktionierung einer Verletzung des Wahl- und Parteiengesetzes und die Einführung eines einheitlichen Identitätsdokumentes.

Auch wenn angesichts der erschreckenden Kriminalitätsrate Guatemalas die innere Sicherheit zweifellos das wichtigste Wahlkampfthema darstellte, so zeichnete sich der Wahlkampf eher durch oberflächliche Debatten aus: Selbst die Partei des Präsidenten Colom stellte ihr Regierungsprogramm dem Wähler der Hauptstadt erst drei Monate vor dem Urnengang vor – ein weiteres Zeichen für einen Wahlkampf, der mehr mit eindringlichen Rhythmen und Wahlversprechen als mit notwendigen Debatten um politische Lösungsansätze geführt wurde. Kontroverse Fragen wie die Erhöhung der Steuerquote oder gar die Landfrage wurden vollkommen ausgespart. Aber auch im Bereich der inneren Sicherheit, die der Staat schon lange nicht mehr in angemessener Weise gewährleisten kann, fehlten politische Grundsatzdebatten vollkommen.

ZERSPLITTERTE PARTEIENLANDSCHAFT

Die Wahl 2007 bestätigte auch einen Trend, der sich in Guatemala weiterhin fortsetzt: die Tendenz zu einem viel zu schnellen Lebenszyklus der Parteien von der Gründung bis zu ihrer lautlosen Beerdigung oder Spaltung. Das guatemaltekische Parteiengesetz beschleunigt den sich bereits ankündigenden Verfall, da eine Partei aus dem Parteienregister gestrichen wird, wenn sie nicht die Fünf-Prozent-Hürde nimmt oder zumindest über ein Direktmandat in den nationalen Kongress gelangt. Auch dieses Mal „starben“ drei kleinere Parteien, darunter die einzige historische Partei der Christde-

mokraten, die kein einziges Mandat erreichte. Parteien verkommen zu Projektionsplattformen einzelner Personen und ihrer Anhänger und weisen in vielen Fällen eine starke regionale Verankerung auf.² Erosionserscheinungen infolge fehlender Basisarbeit, formalistische innerparteiliche Demokratie und das Fehlen einer themenorientierten Diskussion machen sich bei allen Parteien bemerkbar und führen meist in Rekordzeiten zum Verschwinden der austauschbaren Gruppierungen. Daher verwundert es keinen, wenn ein Abgeordneter bereits mit der fünften Partei in den Kongress einzieht oder wenn sich ein Bürgermeister nicht mehr erinnert, mit welchem Parteiticket er das erste Mal ins Amt gewählt wurde. Da erscheint es absolut natürlich, wenn der neu gewählte Präsident Colom in seiner Amtsantrittsrede seine Parteifarben abstreift und verkündet, dass er nun nicht mehr der Partei, sondern dem Land dienen wolle. Dass diese Dienste sich gegenseitig nicht ausschließen, bleibt den meisten guatemaltekischen Politikern vollkommen fremd. Konsequenterweise gibt Colom den Posten des Vorsitzenden der Unidad Nacional de la Esperanza ab.

FÜR MEHR KONTINUITÄT: DIE ERSTE TRANSICIÓN IN GUATEMALA

Es war das erste Mal in der kurzen demokratischen Geschichte Guatemalas, das ein geordneter Regierungswechsel stattfand. Dieser wurde von der internationalen Gebergemeinschaft angestoßen, insbesondere durch die Organisation Amerikanischer Staaten in Zusammenarbeit mit dem Amt des Vizepräsidenten Eduardo Stein. So wurde der aktuelle Stand in den Ministerien aufgearbeitet und Gesprächsrunden zwischen den Arbeitsteams der alten und der neuen Regierung wurden eingesetzt, mit dem Ziel, eine gewisse Kontinuität einiger Programme und Projekte sicherzustellen. Begünstigt wurde die *transición* diesmal auch durch den Wahlkalender, der eine Vorverlegung der Wahlen bewirkte. Wo sonst nur einige Tage zwischen Wahlsieg und Amtsantritt blieben, konnten gut acht Wochen genutzt werden, um das neue Team um Präsident Colom mit der Arbeit der Exekutive vertraut zu machen.

2 | Vgl. FRG im Quiche und Alta Verapaz; Unionistas in Guatemala-Stadt; UCN im Osten des Landes.

Bisher fanden die neuen Regierungen, die traditionell am 14. Januar ihre Arbeit aufnehmen, kaum etwas Brauchbares vor: Neben dem fehlenden Mobiliar im Präsidentenpalast wurden vor allem Vorgänge und Akten vermisst; Finanzberichte lagen nicht vor. Dies ließ eine realistische Lageeinschätzung durch die neue Regierung kaum zu. Hinzu kommt, dass bei Regierungswechseln eine hohe Zahl der Angestellten der Ministerien ihren Arbeitsplatz für die Gefolgsleute der neuen Regierung räumen müssen. Beispielsweise wurden im Planungssekretariat SEGEPLAN die meisten Angestellten ausgewechselt und durch parteinahes Personal ersetzt. In den Zeitungen verteidigte sich der Präsident kürzlich gegen Kritik aus den eigenen Reihen, er habe nicht genügend Seinige mit öffentlichen Posten versorgt.

Angesichts dieser Praktiken erscheint die Einführung einer geordneten Übergabe auf sowohl politischer als auch technischer Ebene mehr als überfällig. Allerdings blieb die *transición* in weiten Strecken ungenutzt, da die neue Regierung Colom personell nicht in den Startlöchern stand, sondern in einem komplizierten und langwierigen Verfahren das Kabinett zusammenstellte: Die Namen der Minister für innere Sicherheit und für Verteidigung wurden erst in der Nacht vor dem offiziellen Vereidigungszeremoniell bekanntgegeben. Im politisch überlebenswichtigen Bereich der inneren Sicherheit fand somit der Übergangsprozess auf Ministerebene gar nicht statt. Drei Tage vor dem Regierungsantritt Colom beklagte sich die ehemalige Innenministerin Adela Torrebiarte bei der Vorlage ihres Arbeitsberichts, dass auf Seiten der neuen Regierung keine Ansprechpartner bereit stünden, um wichtige Themen wie Polizeiausbildung oder Strategien der Drogenbekämpfung gemeinsam zu erörtern. Dass der neu gewählte Präsident drei Tage später ihren Vizeminister Vinicio Gómez zum Innenminister machen sollte, war zu diesem Zeitpunkt Spekulation. Die Art und Weise, wie der Übergang von der neuen Regierung gehandhabt wurde, deutet auf zweierlei hin: Zum einen fiel es Colom und seinem Vizepräsidenten Rafael Espada merklich schwer, gemeinsam ein stimmiges Regierungsteam zusammenzustellen und den nicht nur in der eigenen Partei UNE, sondern auch im Wahlkampf in den verschiedenen Sektoren der Gesellschaft geweckten Appetit auf politische Posten zu stillen. Zum anderen wurde deutlich, dass die Truppe um Colom personell nicht so gut vorbereitet daher kam, wie dies vor der Wahl propagiert wurde: Im Wahlkampf hatte Colom noch mit seiner langjährigen politi-

schen Erfahrung geworben sowie mit seinem Regierungsprogramm, welches von insgesamt 400 Experten entworfen wurde. Man hätte annehmen dürfen, dass der neue Innenminister, der eines der wichtigsten Ressorts im Kabinett übernimmt, nicht nur aus dem Zirkel der Vertrauten des Präsidenten stammen würde, sondern sich als Architekt des UNE-Konzeptes der inneren Sicherheit profiliert haben sollte. Mit der Ernennung von Vinicio Gómez als neuem Innenminister zeigt sich, dass für innere Sicherheit in der UNE kein kompetentes Personal bereit stand für die Umsetzung eines eigenen sicherheitspolitischen Konzeptes.

100-TAGE-PROGRAMM: MEDIALE SCHLACHT VERLOREN

Durch die *transición*, die auf den Bürger den Eindruck machte, die neue Regierung habe die Arbeit bereits aufgenommen, verkürzte sich die Schonfrist für die neue Regierung merklich. Die Flitterwochen mit den Medien, die von Anfang an nicht herzlich waren, werden nach der Osterpause gänzlich passé sein. Auch wenn in den ersten drei Monaten keine grundlegenden Verbesserungen der Sicherheitslage oder der sozialen Grundleistungen zu erwarten sind, so kann die Regierung sie nutzen, um strategisch wichtige Themen zu besetzen und zu versuchen, einen eigenen Stil und Rhythmus zu entfalten. Vor allem ist eines klar: Um den ersten Test gegenüber der erwartungsvollen Öffentlichkeit zu bestehen, muss die Regierung die mediale Schlacht der ersten hundert Tage gewinnen, wobei es mehr um Perzeption als um Inhalte geht. Gerade in der Beziehung zu den Medien jedoch haben Colom und seine Mannschaft viel von dem Vorschuss verspielt, der jeder Regierung am Anfang zusteht.

Vor diesem Hintergrund kommt dem geschriebenen Wort und damit dem 100-Tage-Programm der UNE eine besondere Bedeutung zu: An diesem wird die Regierung gemessen werden, auch wenn das in vier Hauptprogramme (Regierbarkeit, Solidarität, Produktivität und Nachbarschaft) und in 132 sehr unterschiedliche Aktionen untergliederte Dokument einen sehr umfangreichen Katalog von konkreten Handlungsanweisungen an die einzelnen Ministerien darstellt. Das Programm lässt keine notwendige Priorisierung von Politiken erkennen, was angesichts der hohen Erwartungen hinsichtlich einer Verbesserung der Sicherheitslage in ein negatives Urteil der Regierungsarbeit münden könnte. Es wird daher schwierig sein,

mit dem 100-Tage-Plan eine *Win-win*-Situation zu erreichen: Einerseits werden so ehrgeizige Ziele genannt wie die Wiederherstellung der staatlichen Ordnung in den so genannten „roten Zonen“ des Landes, die sich in den Händen der organisierten Kriminalität und des Drogengeschäfts befinden. Andererseits geht der Plan auf so konkrete Maßnahmen ein wie die Ausweitung der Beratungszeiten für Patienten an staatlichen Krankenhäusern. Insgesamt steht für die Umsetzung der vielfältigen Maßnahmen ein Budget von knapp 100 Millionen Euro bereit. Das Problem sehen viele in der Nachhaltigkeit der Maßnahmen, ihrer Finanzierung und in den notwendigen Folgeinvestitionen, insbesondere in den Bereichen Erziehung und Gesundheit. Symptomatisch erscheint da die Befürchtung einer Leserin der großen Zeitung *El Periódico*, die sich fragt, ob die Regierung bei so viel Aktionismus auch bedenke, dass bei der Wiederherstellung der drei stillgelegten Operationssäle des Krankenhauses der zweitgrößten Stadt des Landes nicht nur an die Baukosten, sondern auch an die Neuanstellungen von Anästhesisten zu denken sei. Die Gefahr besteht, dass nun eine Reihe von Hilfsmaßnahmen im Sozialbereich angestoßen wird, die langfristig nicht die gewünschten Effekte erzielen – gerade weil die Regierung angesichts der durch den Wahlkampf genährten Erwartungen die Notwendigkeit sieht, schnell konkrete Erfolge vorweisen zu müssen. Die Regierung reagierte auf erste Kritiken, indem sie einen Zwischenbericht nach 70 Tagen Arbeit vorlegte und verkündete, dass bereits 60 Prozent der versprochenen Maßnahmen umgesetzt worden seien. Nervös fügte der Präsidialamtsprecher hinzu, dass diejenigen mit Konsequenzen zu rechnen hätten, die den Plan nicht einhielten. Der Präsident hat im Stillen bereits eine Gruppe von Intellektuellen einberufen, um sich in strategischen Fragen beraten zu lassen.

POLITISCHER FAHRPLAN UNKLAR

Dabei ist die politische Agenda in Guatemala recht klar vorgegeben: Die Regierung Colom muss die ersten Erfolge bei der Bekämpfung der immer weiter ansteigenden Kriminalität vorweisen können und ihr Konzept der „intelligenten inneren Sicherheitspolitik“ in eine glaubhafte und konkretere Form gießen. Darüber hinaus muss sie in der Erziehungs- und Gesundheitspolitik sowie in der ländlichen Entwicklung konzeptionell nachziehen und nicht in vereinzelte Aktionen mit Ad-hoc-Charakter verfallen. Und sie muss die Konturen der dringend notwendigen Steuerreform aufzeigen können, wenn

diese im laufenden Jahr noch vom Kongress verabschiedet werden soll.

Warum tut sich aber gerade die UNE-Regierung so schwer, ihren Kurs zu finden, wo sie doch im Wahlkampf als eine der wenigen ein stringentes Regierungsprogramm vorlegte? Der Verweis des Präsidenten auf die vierhundert Experten, die für die Erarbeitung der Programmatik zuständig waren, liefert ein erstes Indiz. Das Regierungsprogramm entstand mithilfe verschiedener Expertengruppen, wurde aber niemals auf einem UNE-Parteitag diskutiert oder verabschiedet. Genau hier liegt auch das Problem eines in guter Absicht verfassten Papiers, das in der neuen Regierung aber kaum als richtungweisend gelten dürfte. Hauptverfasser ist der sozialdemokratische Chefideologe Luis Zurita, der nun, anstatt sich einer weiteren Konsolidierung der Partei zu widmen, die interinstitutionelle Koordinierungsfunktion im Amt des Präsidenten einnimmt. Nicht zu unterschätzen ist, dass viele derer, die an der Ausarbeitung der politischen Leitlinien des Regierungsprogramms beteiligt waren, keinen oder keinen prominenten Platz in der Regierung fanden. Mit Recht kann man daran zweifeln, dass sich die hohen Regierungsbeamten und auch die Fraktion der UNE im Kongress an das Regierungsprogramm gebunden fühlen.

Insofern erscheint nicht nur die Regierung, sondern insbesondere die UNE-Fraktion wie eine Überraschungskiste. Sie stimmte beispielsweise dem Begnadigungsgesetz zu, das der Todesstrafe in Guatemala wieder den Weg ebnete. Von einer stringenten programmatischen Linie der Sozialdemokratie ist die UNE meilenweit entfernt. In ihr vereinigen sich diverse Gruppen und Personen mit den verschiedensten ideologischen Hintergründen und Interessen. Und obwohl im Kabinett einige Fachleute mit sozialdemokratischem Teint sitzen, so sind diese in der Minderheit und untereinander nicht so vernetzt, dass sie eine ideologisch feste Plattform bilden.

Darüber hinaus befindet sich die Regierung seit den ersten Tagen unter enormem Druck von allen Seiten. Insbesondere die mächtige Lehrergewerkschaft unter Führung von Joviel Azevedo, die sich jedweder Reform im Erziehungsbereich entgegenstellt, machte gleich in den ersten Wochen gegen Colom mobil und drohte mit Streiks, da der Kandidat der UNE in schriftlicher Form Wahlversprechen gegeben hatte, die nun nicht mehr einzuhalten waren. Ausgangspunkt war die Er-

nennung der liberalen Ministerin Ana de Molina, die von der Gewerkschaft nicht goutiert wurde. Colom hatte versprochen, den gewerkschaftsnahen Olmedo España als Minister einzusetzen, entschied sich aber für erstere. Dies stellte als Auf-takt ein weiteres zentrales Wahlversprechen an die Gewerk-schaft in Frage, nämlich die Abschaffung der PRONADE-Schu-len³, um den Defiziten im Erziehungsbereich erfolgreich be-gegnen zu können.

DIE NEUE REGIERUNG: IM BANN DER FAMILIE?

Viel wurde vor den Wahlen spekuliert über die Rolle der zu-künftigen *primera dama*, Sandra Torres, die Frau des Präsi-denten. Nun ist es offiziell: Sie ist nach dem Präsidenten und seinem Vize die wichtigste Figur der neuen Regierung und leitet den Rat für soziale Kohäsion, welcher eine kohärente Sozialpolitik sicherstellen soll: Sie verfügt damit über ca. 25 Prozent des zur Verfügung stehenden Investitionsshaushaltes. Auch wenn der persönliche Sekretär des Präsidenten und Finanzier der UNE-Kampagne, Gustavo Alejos, in einem In-terview verkündete, er sei der Filter, um an den Präsidenten zu gelangen, so ist wohl der direktere Weg der über seine umtriebige Frau Sandra. Frau Torres, deren Wurzeln in der nördlichen Provinz Petén liegen, wo ihre Mutter einflussreiche Bürgermeisterin war, hatte sich bereits in der Wahlkampagne der UNE und in der Organisation der Partei einen Namen ge-macht. Sie ist bekannt für ihren Ehrgeiz, ihre Willensstärke und ihre Durchsetzungskraft – Eigenschaften, die ihrem Mann nicht nachgesagt werden. Um dem Präsidentschaftskandida-ten Colom nicht zu schaden, hielt sich Sandra Torres im Wahl-kampfjahr auffällig zurück. Dennoch traf die Ankündigung des Präsidenten, dass es die Guatemalteken mit einer beson-deren *first lady* zu tun hätten, das Volk nicht unvorbereitet. In der ersten Kabinettstrunde saß sie demonstrativ neben ihrem Mann und dem Vizepräsidenten Espada, um zu zeigen, dass ohne sie nur schwer zu regieren sei. Und in der Tat hat sie mit der Leitung des sozialen Kohäsionsrates ein schlag-kräftiges Instrumentarium an der Hand: Sie kann entschei-den, wie und wo das Budget für Investitionen im Bereich Er-ziehung und Gesundheit eingesetzt wird. Außerdem verwaltet

3 | Eine besondere Schulform im ländlichen Guatemala, in der die Eltern eine verantwortungsvolle Rolle übernehmen und u.a. über die Einstellung von Lehrern entscheiden. Kritik wird an der schlechteren Bezahlung und einer fehlenden Qualitätskontrolle durch das Ministerium für Erziehung geübt.

sie das Sekretariat für Sozialarbeit, das präsidiale Koordinierungssekretariat, das Sekretariat für Ernährungssicherheit sowie die Fonds für Entwicklung, Frieden und indigene Entwicklung. Seit Neuestem ist ihr auch die Koordinierung der Fonds für Wiederaufbau der Schäden, die durch den Wirbelsturm Stan verursacht wurden, zugesprochen worden. Das Argument einer besseren Koordinierung der vielen Sekretariate, die als ihre Schnittmenge alle sozialpolitische Aufgabenbereiche haben, ist ein schlagkräftiges. Problematisch bei so viel Konzentration an Macht ist die Tatsache, dass Sandra Torres kein politisches Amt inne hat, für welches sie auch verantwortlich zeichnet. Nicht so die Leiter der Fonds und die Minister für Erziehung und Gesundheit, die dem Kongress Rede und Antwort stehen müssen. Ein weiteres Stirnrunzeln bereitet die Tatsache, dass laut Verfassung dem Vizepräsidenten die Koordinierung des Kabinetts obliegt und er traditionell dem Sozialkabinett vorsteht. Es sieht so aus, als ob Vizepräsident Espada, anerkannter Herzchirurg, in „seinem“ Bereich der Gesundheitspolitik nicht den Ton angeben wird. Er hat sich mittlerweile der Bekämpfung der Korruption und der Transparenz verschrieben.

Obwohl die Verfassung die Anstellung von Verwandten im Kabinetsrang verbietet, werden für Familienangehörige Posten geschaffen, die nicht direkt in diese Kategorie fallen, allerdings mit gehörigem politischem Gewicht ausgestattet sind. So wurde auch die Schwägerin des Präsidenten, Gloria Torres, ins Arbeitsteam um den Präsidenten eingeladen, um dort als Zuständige für die Beziehungen zu den Bürgermeistern, Gouverneuren und sozialen Basisbewegungen zu fungieren, um die Kohärenz der Politik der Regierung auf lokaler Ebene zu garantieren. Dabei ist sie direktes Kommunikationselement zwischen den Bürgermeistern und der Exekutive, obwohl bisher nicht klar wird, wie sie das Amt ausfüllen will. Ihre Schwester Sandra, die in Guatemala bereits den Spitznamen die *Doña* – die Gattin – trägt, hat zweifellos politische Ambitionen über die Regierungsperiode ihres Mannes hinaus.

DAS KABINETT BRÖCKELT ...

Zweieinhalb Monate nach Amtsantritt werden die ersten Verluste im Kabinett gemeldet: Wirtschaftsminister García Macal, geplagt durch einen Schwächeanfall, wurde zum Rücktritt aufgefordert. Hintergrund könnte der Unmut der traditionellen Unternehmerschaft sein, die bisher weniger Einfluss ge-

noss und unzufrieden ist mit dem Verhandlungsbeginn zum Assoziierungsabkommen mit der EU sowie der Auswechselung des kompetenten Chefunterhändlers Lacs. Gesundheitsminister Eusebio del Cid, der bereits das Amt unter Serrano Elias inne hatte, sieht seinen Handlungsspielraum zwischen der Arbeit des Herzchirurgen und Vizepräsidenten Espada und der Koordination des sozialen Kohäsionsrates durch die Frau des Präsidenten stark eingeschränkt und steht kurz vor der Demission. Auch mehrere Vizeminister wurden bereits ausgetauscht. Nächster Kandidat für eine Ablösung könnte Innenminister Vinicio Gómez sein. Druck kommt auch von Seiten verschiedener Gruppierungen in der Regierungspartei UNE, die unzufrieden sind mit der Verteilung der Posten nach dem Wahlsieg.

Das Kabinett besteht aus einigen anerkannten Fachleuten, wenigen Parteipolitikern und Finanziers der Wahlkampagne der UNE. Insgesamt fehlt es dem Kabinett an politischen Schwergewichten – umso mehr rückt die Frau des Präsidenten in den Vordergrund. Dennoch haben Minister mit wertvoller Erfahrung die Herausforderung angenommen: Hauptfiguren sind ohne Zweifel Haroldo Rodas (Außenminister), Juan Alberto Fuentes Knight (Finanzen) und Ana de Molina (Erziehung). Außenminister Rodas, der unter Präsident Serrano bereits das Amt des Vizeaußenministers bekleidete und in den letzten Jahren das Wirtschaftssekretariat der zentralamerikanischen Integrationsgemeinschaft SIECA leitete, hat einen exzellenten Ruf. Zusammen mit Fuentes Knight und Fuentes Mohr gilt auch er als Sozialdemokrat, obwohl er kein Parteimitglied ist. Er kann glaubhaft eine Politik der Stärkung der zentralamerikanischen Integration verfolgen und eine außenpolitische Strategie für Guatemala entwerfen. Er war es, der den gerade ausgeschiedenen Wirtschaftsminister und ehemaligen SIECA-Kollegen García Macal mit ins Kabinett holte, um somit einen starken Alliierten auch gegenüber den Interessen der Unternehmerschaft zu haben. Star unter den Ministern ist Finanzchef Fuentes Knight, Neffe eines bekannten sozialdemokratischen Führers und ehemaligen Bürgermeisters von Guatemala-Stadt. Eher technische als politische Erfahrungen sammelte Fuentes Knight sowohl beim United Nations Development Programme als auch zuletzt als Leiter des anerkannten zentralamerikanischen Instituts für Fiskalstudien mit Sitz in Guatemala. Bekannt für seine scharfe Analyse und Kompetenz in Fragen der Fiskalpolitik ist er derjenige, der die überfällige Steuerreform anpacken wird. In einem

Land, in dem die Steuereinnahmen sich hauptsächlich aus der Mehrwertsteuer speisen, ist die Ausweitung der Bemessungsgrundlage der Einkommenssteuer und die Anhebung der Steuerquote insgesamt, die momentan bei knapp über zehn Prozent liegt, dringend notwendig. Hier wird der neue Finanzminister politisches Geschick beweisen müssen, auch weil er die mächtigen Unternehmer zur Durchsetzung der Reform mit ins Boot holen muss. Die Ausarbeitung der Reform hat höchste Priorität und soll noch vor der Sommerpause zur Abstimmung dem Kongress zugeleitet werden.

Bemerkenswert ist, dass die neue Regierung dem traditionellen Unternehmertum nicht direkt verbunden ist, was sie zunächst von der Vorgängerregierung unterscheidet. Das heißt jedoch nicht, dass die G8 – die einflussreichsten acht Familien Guatemalas – nicht durch die jüngeren Unternehmer, die in der Regierung vertreten sind, Einfluss ausüben werden. Daher verwundert es kaum, dass der erste Gang des Finanzministers Fuentes Knight mit den Vorschlägen zur Steuerreform direkt zur Spitze des guatemaltekischen Unternehmerverbandes CACIF führte, bevor diese in der Fiskalgruppe intern beraten werden konnten. Auch haben in der neuen Regierung einige der Finanziers der Wahlkampagne ihren Platz gefunden, so beispielsweise Luis Alejos (Minister für Kommunikation und Infrastruktur), Carlos Meany (Minister für Energie und Rohstoffe), Alberto Cohen (Direktor des nationalen Elektrizitätsinstituts INDE), Ronel Garcia Prado (Vizeminister für Umwelt) sowie Gustavo Alejos, Privatsekretär des Präsidenten mit guten Beziehungen auch zu den Torres-Schwestern und Mitinhaber der größten Pharmazievertriebsfirma, die das Land mit Medikamenten versorgt. Die offensichtlichen Interessenkonflikte mit der Bekleidung eines öffentlichen Amtes wurden in der Presse nur am Rande vermerkt und nicht weiter verfolgt, obwohl die Gefahr besteht, dass politische Entscheidungen durch private Interessen beeinflusst werden.

Auch wenn die Wahlkampagne der UNE sich gezielt gegen die Militärvergangenheit des Kontrahenten Perez Molina richtete, besetzt in der neuen Regierung eine Gruppe von Militärs strategisch wichtige Posten. Obwohl das Militär durch die Friedensverträge von 1996 drastisch reduziert wurde, spielt es in Guatemala immer noch eine politisch nicht zu unterschätzende Rolle. Der gesamte Apparat der Informationsbeschaffung ist nun in Händen von ehemaligen Militärs: Gerade der zivile

Geheimdienst und das Sekretariat für strategische Analysen sollten ein Gegengewicht zur militärischen *inteligencia* in der neuen Demokratie werden.

ES DUFET NICHT NACH MAIS ...

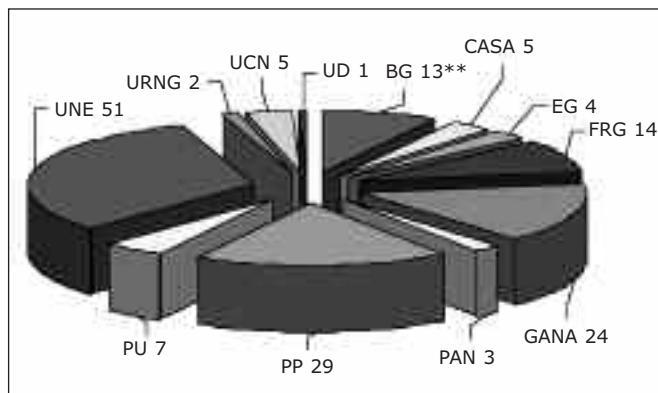
Auch wenn Colom eine Sozialdemokratie mit Maya-Antlitz und dem Duft nach Mais versprach, spiegelt sich dies in der Besetzung wichtiger Posten nicht wider. Lediglich der Kulturminister, seine Vizeministerin und die Vizeministerin für Erziehung sind indigener Abstammung. Dies, so beklagten *Indígena*-Organisationen, sei ein Rückschritt, gemessen an der Vorgängerregierung unter dem Unternehmer Berger. Einige wichtige Stimmen sprechen von purer Folklore und klagen über die Banalisierung der Maya-Kultur für politische Zwecke: Über dem Präsidentenpalast in der Hauptstadt weht seit kurzem die neue Flagge der vier Farben, die die Multikulturalität Guatemalas symbolisiert – im Inneren suche man aber vergebens nach *indígenas*, so die Klage. Der Koordinator der Kommission gegen Diskriminierung und Rassismus (Codisra), Romeo Tiu, bedauert, dass seit der Amtsübernahme Coloms seine Institution nicht mehr zu Kabinettsitzungen eingeladen wurde. Dies steht im Gegensatz zur ostentativen Benutzung einer Symbolik, die auf die Multikulturalität des Landes anspielt. Eine Mehrheit der Wähler hat jedoch auch ein Kreuz bei der UNE gemacht in der Hoffnung auf konkrete Maßnahmen, die die marginalisierte Bevölkerung aktiv mit einbindet.

ZAHLTAG IM KONGRESS

Die Regierungspartei stellt mit 51 von 158 Abgeordneten im Parlament die größte Fraktion und damit den Parlamentspräsidenten, erlangte jedoch nicht die absolute Mehrheit der Stimmen, um ohne Unterstützung durch andere Gruppen Gesetze zu verabschieden. Daher ist die UNE auf Koalitionen angewiesen, welche im guatemaltekischen Kongress flexibler Natur sind. Dies verwundert kaum, wenn man bedenkt, dass die meisten Parteien kaum ein programmatisches Fundament aufweisen und vielfach die Personen eine weit größere Rolle spielen als die Programme.

Auch wenn die Anzahl der Parteien im neuen Kongress von vormals vierzehn auf elf zurückging, wäre es verfrüht, von einer Stabilisierung des Systems der politischen Parteien zu sprechen: Die fehlende programmatische Schärfe und allge-

Parteien im Kongress (Sitze)



** Unabhängige Fraktion (BG Bancada Guatemala) – ehemalige GANA
 Quelle: Congreso de la República de Guatemala

meine Schwäche der politischen Parteien führt nicht nur dazu, dass Abgeordnete mit einer erstaunlichen Leichtigkeit die Parteibücher wechseln, sondern auch zu Aufspaltungstendenzen insbesondere in den Parteien, die einen Machtverlust erlebt haben. Jüngstes Beispiel ist die ehemalige Regierungspartei GANA, die nach beachtlichen Ergebnissen zweitstärkste Kraft im neuen Kongress wurde. Aufgrund von Streitigkeiten in der Führungsspitze zerbrach die politische Plattform des bisherigen Präsidenten Oscar Berger nach den Neuwahlen in zwei voneinander unabhängige Fraktionen. Die fehlende Unterstützung im Wahlkampf aus den eigenen Reihen für den recht erfolgreichen Kandidaten Giammattei beschleunigte den Spaltungsprozess. Er führt nun die „wahre“ GANA-Fraktion im Kongress an. Andere Parteimitglieder wie der ehemalige Kandidat für das Amt des Bürgermeisters von Guatemala-Stadt, Roberto González, haben die Partei gänzlich verlassen, um neue politische Bewegungen ins Leben zu rufen. So reproduzieren sich Parteien mit anderen Namen, jedoch mit ähnlichen Geburtsfehlern.

Dabei hätte man in naiver Weise annehmen können, dass der neue Kongress mit drei großen Parteien (UNE, GANA, PP) an Stärke und Einfluss gewinnen würde. Die schnelle Verschiebung der politischen Koordinaten im Kongress verwundert jedoch kaum jemanden im postelektoralen Guatemala. Durch das Debakel der GANA avancierte der Partido Patriota des Colom-Herausforders Pérez Molina zur zweitstärksten Fraktion und damit zur wichtigsten Oppositionspartei. In den ersten Wochen bewies diese politisches Geschick bei der Be-

setzung von politischen Ämtern und kann auf eine Fraktionsdisziplin bauen, die den meisten anderen Parteien fremd ist.

Bestes Beispiel hierfür ist die Regierungspartei UNE. Ihr neu gewählter Fraktionsvorsitzender Mario Taracena hat derart Schwierigkeiten, die (bisher) drei Gruppierungen innerhalb der Partei zusammenzuhalten, dass er andauernd zwischen die Fronten gerät und geschlossene Abstimmungen nicht herbeiführen kann. Dies zeigte zuletzt die Abstimmung zur Ernennung der neuen Richter des Obersten Wahlgerichtshofes, dessen Präsidium eindeutig von den Oppositionsparteien PP und GANA bestimmt wurde. Der Hauptgrund für die internen Schwierigkeiten liegt in der Unterscheidung von Abgeordneten der nationalen Parteiliste und den so genannten *distríctales* – denjenigen, die über ein Direktmandat in den Kongress gelangten. Letztere müssen ihre Wählerbasis mit Prämien in Form von Bauvorhaben in den Wahlkreisen oder Posten in der Regierung beglücken. Ein prominenter UNE-Abgeordneter im neuen Parlament fragte sich öffentlich, wie er seinen Leuten im Departement erklären solle, dass nach dem endlich erreichten Wahlsieg keine Stellen im Staatsapparat zur Verfügung stünden. Es ist Zahltag für viele Abgeordnete, die nun nicht mit leeren Händen dastehen möchten und Druck auf die Regierung ausüben. Da finden Abgeordnete mit gleicher Interessenlage und regionaler Herkunft zusammen, um bei der Verteilung von Geld und Bauvorhaben möglichst generös bedacht zu werden. In gewissem Maße mutig war die Ankündigung Coloms, „den Kongress zu respektieren“ und keine Abgeordneten in die Regierungsverantwortung zu holen. Andererseits fehlen der Regierung angesichts eines schwachen Kongresspräsidenten politische Macher, die ihr die Mehrheiten im Kongress verschaffen könnten. Und die Abgeordneten fühlen sich in ihren Interessen nicht genug von der Regierung wahrgenommen, was zu Machtproben im Parlament führt. Eine dieser Figuren, die den Präsidenten und den Fraktionsvorsitzenden regelmäßig in Bedrängnis bringen, ist der UNE-Abgeordnete und Vorsitzende des Finanzausschusses, Manuel Baldizón, der aus einem der einflussreichen Clans des nördlichen Departements Petén stammt. Die Medien spekulierten, dass er mindestens 13, wenn nicht gar 32 der 51 Abgeordnete der Regierungsfraktion hinter sich wisse, wenn es um Abstimmungen gehe. Die UNE hat, wenn sie nicht das gleiche Schicksal erleben will wie die GANA, harte Parteiarbeit zu leisten, was angesichts der immensen Herausforderungen,

vor denen die Regierung steht, aber wohl nicht eintreten wird.

Problematisch ist angesichts dieser Konstellation im Kongress, dass kaum absehbar ist, ob und wie wichtige Reformen im Bereich der Fiskalpolitik, des Wahl- und Parteiengesetzes sowie des Gesundheits- und Erziehungswesens durchzusetzen sind. Es besteht trotz der katastrophalen Sicherheitslage, eines streckenweise abwesenden Staates und extremer Armutssindizes kein Konsens unter den Parteien, dass tief greifende, strukturelle Reformen dringend notwendig sind. Damit unterscheidet sich Guatemala fundamental von anderen Ländern Lateinamerikas.

DIE ACHILLESFERSE: SICHERHEIT

Die Bürger Guatemalas erwarten vor allem mehr Sicherheit und eine spürbare Ausweitung und Verbesserung der sozialen Dienstleistungen des Staates, insbesondere im Bereich Bildung und Gesundheit. Die Sicherheitssituation des Landes ist weiterhin alarmierend, wobei die Regierung gleich im ersten Monat mit einer Serie von Busüberfällen und der systematischen Ermordung von Busfahrern konfrontiert wurde. Die organisierte Kriminalität setzte damit gleich am Anfang der neuen Regierungszeit ein Zeichen, dass man bei aller Rhetorik die faktischen Kräfte nicht aus den Augen verlieren darf. Die im 100-Tage-Plan vorgesehene Wiedererlangung der Kontrolle über die von Drogenkartellen besetzten Korridore mit Hilfe des Militärs wirkt angesichts der jüngsten Ereignisse fast naiv: Im Departement Zacapa im Osten des Landes starben elf Menschen im Kugelhagel rivalisierender Drogenkartelle. Dabei kam auch der Anführer einer der Drogenkartelle ums Leben, woraufhin alle Zeitungen in den darauf folgenden Tagen über die Nachfolge spekulierten. Die Regierung sammelt derweil Informationen, sieht aber von einer militärischen Intervention ab. Ganz in der Nähe des Ortes befindet sich eine der größten Militärbasen des Landes. Doch weder die Polizei noch das Militär griffen während des Bandenkrieges ein, was einmal mehr die Abwesenheit des Staates offenbarte.

Dies geschah, nachdem im ebenfalls östlichen Departement Izabal, durch das einer der wichtigsten Drogenkorridore verläuft, zunächst 29 Polizisten und einige Tage später vier belgische Touristen entführt worden waren. Damit stand Guatemala plötzlich im Blick der Weltöffentlichkeit. Vordergründig

ging es um die ungeklärte Landfrage und die Forderung der Bevölkerung nach der Freilassung ihres inhaftierten Landarbeiterführers. Dieser wurde jedoch nicht wegen illegaler Landbesetzung festgenommen, sondern aufgrund der angeblichen Verwicklung in Drogengeschäfte. Bei der Befreiung der ausländischen Touristen kam ein Bewohner ums Leben, wobei das Innenministerium die Verantwortung dafür nicht übernehmen will.

Die Ereignisse werfen ein Licht auf die Komplexität der Situation. Einerseits ist die latente soziale Sprengkraft und die Schwäche staatlicher Institutionen durchaus real, andererseits ist die Verquickung von Interessen und die Durchsetzung staatlicher Strukturen durch die organisierte Kriminalität so weit vorangeschritten, dass der Staat kaum in der Lage ist, das Sicherheitsproblem aus eigenen Stücken anzugehen. Vor diesem Hintergrund ist die von der internationalen Gemeinschaft eingerichtete und von Europa ausdrücklich geförderte Kommission gegen die Straflosigkeit (CICIG), die die staatlichen Institutionen bei der Identifizierung und Bekämpfung von kriminellen Parallelstrukturen innerhalb des Staates unterstützt, von immenser Bedeutung. Deren Unterstützung schien durch die neu entfachte Diskussion um die Todesstrafe in Guatemala zeitweise in Frage gestellt. Die Wiedereinführung der Todesstrafe, die in der guatemaltekischen Verfassung verankert ist, jedoch durch die Strafgesetzgebung aufgehoben werden kann, beeinträchtigte besonders das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft in die neue Regierung. Coloms Partei hatte dem Gesetz zugestimmt, welches die Begnadigung durch den Präsidenten regelt und damit die Gesetzeslücke schließt, die seit dem Jahr 2000 die Vollstreckung der Todesstrafe verhindert. Angesichts der überwältigenden Mehrheit im Kongress für die Anwendung der Todesstrafe und eines erschreckenden öffentlichen Meinungsbildes von über 90 Prozent Zustimmung fiel dem Präsidenten die Entscheidung sichtlich schwer, ob er das Gesetz verabschieden oder an den Kongress zurückgeben sollte. Seine Entscheidung, ein Veto einzulegen, begründete der Präsident ungeschickt mit dem Druck der internationalen Gemeinschaft. Damit ist das Thema jedoch nur zeitweise vom Tisch.

Die Regierung entdeckte auf der Suche nach Auswegen in der Sicherheitspolitik das chilenische Modell, welches auf die Gemeindepolizei setzt. Was an sich einleuchtet, nämlich einerseits das Sicherheitsproblem als eine gemeinschaftliche Auf-

gabe der Bürger und des Staates zu betrachten und andererseits das verloren gegangene Vertrauen der Bevölkerung in die Polizei und die staatlichen demokratischen Institutionen wiederzuerlangen, droht durch die bisherige Praxis zu scheitern. Zunächst wurden in Guatemala-Stadt und im nahe liegenden Antigua 126 „kommunale Polizisten“ bestimmt, die jedoch nicht unbedingt aus der Gemeinde stammen, sondern bisher lediglich die Polizeipräsenz erhöhten. Eine intensive und gesonderte Vorbereitung des Personals und die Einführung in die Gemeinden wurde nicht bedacht. Dass bei 16 Prozent Vertrauen in die Arbeit der Polizei (gemessen an 55 Prozent in Chile) tiefer greifende Anstrengungen, insbesondere in der Ausbildung der Polizei, notwendig sind, steht außer Frage. Darüber hinaus könnte das nun angewandte Konzept der kommunalen Organisation zu gefährlichen Konsequenzen führen: Mit Hilfe des Innenministeriums und der Munizipien sollen die Bürger nicht nur Informationen und Hinweise zur Sicherheitssituation in den Kommunen sammeln, sondern sich in letzter Konsequenz auch an der Ausübung der „Bürgerverteidigung“ beteiligen. Es gibt bereits unveröffentlichte Berichte, dass einzelne Bürgermeister Gruppen von Bürgern bewaffnen, um für Gesetz und Ordnung zu sorgen. Dies passt auch in entlegenen Gemeinden, wo keine Polizei präsent ist. Das falsch verstandene Konzept der gemeinschaftlichen Sicherheit, gepaart mit einem schwachen Rechtsstaat und überforderten Institutionen, ist derart explosiv, dass hier dringend gegengesteuert werden muss.

AUSBLICK: GUATEMALA BRAUCHT DIE REGION

Es war kein fulminanter Start der neuen Regierung, doch verwundert dies angesichts der Probleme des Landes eigentlich kaum jemanden. Präsident Colom und seine Mannschaft vermitteln den Eindruck, alles gleichzeitig anpacken zu wollen. Da hat die hermetische Haltung der Regierung in der Informationspolitik der Beziehung zwischen Regierung und Medien, die an sich schon konfrontativ war, weiter geschadet: Noch nie haben Minister so wenig Interviews gegeben und noch nie wurde in den Medien so viel spekuliert. Pressekonferenzen gibt es nicht. Das für die Öffentlichkeitsarbeit neu geschaffene Sekretariat zentralisiert die Information, ohne jedoch eine Kommunikationsstrategie erkennen zu lassen. Den Journalisten und Kommentatoren merkt man den Frust und Ärger regelrecht an, was einer Bewertung der Regierungsarbeit sicherlich nicht bekömmlich sein wird. Das

Hauptproblem der Kakophonie an politischen Botschaften, das mit der Schaffung der neuen Instanz behoben werden sollte, blieb jedoch bestehen: So annoncierte Vizepräsident Espada, dass die Regierung vorsehe, die Zahl der Soldaten zu verdoppeln, um die Bekämpfung der organisierten Kriminalität angehen zu können. Mit Verwunderung wurde diese Nachricht aufgenommen, da in den Friedensverträgen von 1996 hart darum gerungen wurde, das Militär drastisch zu verkleinern und sich die Regierung im Wahlkampf vehement gegen eine weitere Militarisierung der Gesellschaft gewandt hatte. Nach ein paar Tagen dementierte der Präsident die Aussage und eröffnete den Guatamateken im gleichen Atemzug, dass seine Regierung die Militärarchive, Quelle der Information über Verbrechen im Bürgerkrieg, öffentlich zugänglich machen wolle. Ein weiteres Beispiel ist das Vorpreschen der Regierungsfraktion im Kongress zur Verstaatlichung zweier in spanischen Händen befindlicher Elektrizitätsfirmen. Auch wenn die dadurch entfachte Diskussion um den wirtschaftspolitischen Kurs der Regierung durch ein Machtwort des Präsidenten Colom abrupt verebbte, bleibt ein fader Nachgeschmack.

Einige Stolpersteine können auch außerhalb der Landesgrenzen ausgemacht werden: Die sich ankündigende Rezession in den USA wird in Guatemala direkte Auswirkungen haben, insbesondere über die Reduzierung der Geldüberweisungen der Migranten, die bei der bemerkenswerten Marke von zehn Prozent des Bruttoinlandsproduktes liegen. Die US-Administration sieht bei ihrer Beziehung zu Zentralamerika den Schwerpunkt in der Bekämpfung des Drogenhandels und der organisierten Kriminalität, was in gewissem Sinne die politische Agenda in diesen Bereichen bereits konditioniert.

Mit der Europäischen Union verhandelt die Region Zentralamerika derweil ein Assoziierungsabkommen. Sicherlich wird es auch darum gehen, die wirtschaftlichen Beziehungen auf ein festeres Fundament zu stellen. Allerdings ist das Abkommen in erster Linie ein politisch-entwicklungspolitisches. Für Zentralamerika könnte die weitere Annäherung an die Europäische Union eine strategische Weichenstellung bedeuten, wenn die zentralamerikanischen Staaten es verstehen, die Region gemeinsam strategisch anzudenken: Hierfür sind mit der neuen Regierung gute Voraussetzungen geschaffen, da Außenminister Rodas in der Vertiefung der zentralamerikanischen Integrationsgemeinschaft seinen politischen Beitrag

sieht. Auch wenn die Region alles andere als homogen ist und auch wenn der Populismus von Chávez hier und da Widerhall findet, so teilt sie doch die Probleme Guatemalas: Die Gestaltung von Migrations-, Sicherheits- und Energiepolitik sowie die Suche nach Entwicklungspotenzialen und die Überwindung des Fehlens sozialer Kohäsion wird man letztlich nur gemeinsam in der Region erreichen können. Für Guatemala heißt das, die immensen internen Probleme auch auf regionaler Ebene anzupacken und strategisch auf die Region zu setzen. Die Verhandlungen mit der Europäischen Union sind ein exzellenter Anlass.

Intern steht die Regierung Colom unter Druck, das Problem der enormen sozialen Disparitäten zu lösen, wozu grundlegende Reformen notwendig erscheinen: Dazu gehört die Fokussierung auf die Ärmsten, eine Steuerreform, welche die Einkommenssteuer gegenüber den direkten Steuern stärkt, sowie die langsame Ausweitung der Grunddienstleistungen in Erziehung und Gesundheit. Gleichzeitig muss die Regierung die schwachen demokratischen Institutionen des Staates stärken und ihre Problemlösungsfähigkeit erhöhen, wenn die Guatimalteken wieder mehr Vertrauen in Staat und Gesellschaft aufbauen sollen. Angesichts der guatimaltekischen Realitäten sind dies immense Aufgaben: Die Hoffnungen auf eine gerechtere, sicherere und demokratischere Gesellschaft haben die Guatimalteken noch nicht aufgegeben.